



AMTSBLATT

FÜR DIE STADT REMSCHEID

27. Jahrgang

Ausgegeben am 24. Februar 2022

Sonderausgabe

Datum	Titel	Seite
24.02.2022	Ordnungsbehördliche Allgemeinverfügung zum Zwecke der Verhütung und der Bekämpfung der Ausbreitung des Corona-Virus SARS-CoV-2 für die Kinder der gesamten Gruppe 2 der Städt. Kindertageseinrichtung Kremenholler Straße in 42857 Remscheid, die in der Zeit vom 21.02.2022 bis 22.02.2022 die Einrichtung besucht haben, sowie bei minderjährigen Kindern für deren gesetzliche Vertreter, und für die Betreuer/innen, die in dieser Zeit die Kinder der Gruppe 2 in dieser Einrichtung betreut haben und als enge Kontaktpersonen ermittelt wurden	2
	Coronavirus/Covid-19 - Informationen für Eltern, deren Kinder in Quarantäne sind	4

Impressum

Herausgeber:

Stadt Remscheid
Der Oberbürgermeister
Theodor-Heuss-Platz 1
42853 Remscheid

Verantwortlich: Sabine Räck

Erscheinungsweise: monatlich

Bestellungen, Adressenänderungen und Nachsendungen:

Stadt Remscheid
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
Theodor-Heuss-Platz 1
42853 Remscheid

E-Mail: Remscheid@remscheid.de

Telefon: 02191 16-3518

Der Abonnementpreis

beträgt bei Postbezug jährlich 30,00 EURO (Preis enthält keine Mehrwertsteuer).
Einzelexemplare sind unter anderem in allen öffentlichen Dienststellen kostenlos erhältlich.

Druck:

Druckerei der Stadt Remscheid, Theodor-Heuss-Platz 1, 42853 Remscheid

Internet: <http://www.remscheid.de>

Amtliche Bekanntmachung

Ordnungsbehördliche Allgemeinverfügung zum Zwecke der Verhütung und der Bekämpfung der Ausbreitung des Corona-Virus SARS-CoV-2 für die Kinder der gesamten Gruppe 2 der Städt. Kindertageseinrichtung Krehenholler Straße in 42857 Remscheid, die in der Zeit vom 21.02.2022 bis 22.02.2022 die Einrichtung besucht haben, sowie bei minderjährigen Kindern für deren gesetzliche Vertreter, und für die Betreuer/innen, die in dieser Zeit die Kinder der Gruppe 2 in dieser Einrichtung betreut haben und als enge Kontaktpersonen ermittelt wurden

Im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens werden auf der Grundlage der §§ 16, 28 Abs. 3, 29 und 30 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und der Corona-Test- und Quarantäneverordnung im Wege der Allgemeinverfügung folgende Regelungen angeordnet:

1. Gegenüber allen Kindern der gesamten Gruppe 2 der Städt. Kindertageseinrichtung Krehenholler Straße Remscheid, die zwischen dem 21.02.2022 und dem 22.02.2022 die Einrichtung/Gruppe besucht haben, sowie gegenüber den Betreuer/innen, die in dieser Zeit die Kinder der Gruppe 2 in dieser Einrichtung betreut haben und als enge Kontaktpersonen ermittelt wurden, wird ab dem 24.02.2022 eine Absonderung bis einschließlich 03./04.03.2022 in häuslicher Quarantäne angeordnet. Die mündliche Aussprache der Absonderung erfolgte am 24.02.2022. Es ist ihnen in dieser Zeit untersagt, ihre Wohnung ohne ausdrückliche Zustimmung des Fachdienst Gesundheit der Stadt Remscheid zu verlassen. Sollte eine Absonderung in der Wohnung nicht möglich sein, können durch den Fachdienst Gesundheit der Stadt Remscheid hiervon abweichende Regelungen getroffen werden.
2. Danach werden die Kinder und alle anderen in dieser Allgemeinverfügung erfassten Personen bis zum Ablauf des 14. Tages nach Kontakt zu der an SARS-CoV-2 infizierten Person aufgefordert, Ihren Gesundheitszustand zu beobachten und sich bei Auftreten von Krankheitsanzeichen unverzüglich beim Fachdienst Gesundheit zu melden.

Begründung

Zur Begründung wird folgendes ausgeführt:

Gemäß § 28 Abs. 3 in Verbindung mit § 16 Abs. 7 Infektionsschutzgesetz (IfSG) bin ich für den Erlass dieser Ordnungsverfügung formell zuständig.

Die Absonderung nach § 30 IfSG wird in dieser Verfügung als Quarantäne gemäß der Corona-Test- und Quarantäneverordnung bezeichnet.

Im Rahmen der Meldepflicht gem. § 6 IfSG wurde dem Fachdienst Gesundheit als unterer Gesundheitsbehörde der Kontakt des oben genannten Personenkreises, zuletzt am 21./22.02.2022 zu einer Person mit einem bestätigten Fall von Corona-Virus SARS-CoV-2 bekannt.

Da die Erkrankung der Kontaktperson hochansteckend ist, ist es möglich, dass der oben genannte Personenkreis sich infiziert hat und nunmehr wiederum andere Personen anstecken könnte. Um dies zu verhindern, ist eine Absonderung erforderlich.

Es ist davon auszugehen, dass die Absonderung in der jeweiligen Wohnung der Kinder bzw. der Betreuer/innen möglich ist. Sollte dies nicht der Fall sein, können nach Rücksprache mit dem Fachdienst Gesundheit der Stadt Remscheid abweichende Regelungen getroffen werden.

Der oben angegebene Personenkreis sollte nach Möglichkeit im Haushalt eine zeitliche und räumliche Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern einhalten. Eine zeitliche Trennung kann z.B. dadurch erfolgen, dass die Mahlzeiten nicht gemeinsam, sondern nacheinander eingenommen werden. Eine räumliche Trennung kann z.B. dadurch erfolgen, dass sich die Kontaktperson in einem anderen Raum als die anderen Haushaltsmitglieder aufhält. Alle Haushaltsmitglieder müssen sich häufig die Hände waschen und eine Hustenetikette einhalten.

Von der Quarantänepflicht nicht erfasst sind Personen, die über eine nachgewiesene Immunisierung durch Impfung oder Genesung verfügen (§ 16 der Corona-Test-und-Quarantäneverordnung NRW vom 24. November 2021 (in der aktuellen Fassung)). Treten innerhalb von 10 Tagen ab Vorliegen der Voraussetzungen, die bei Nichtgeimpften zur Anordnung einer Quarantäne führen würden, Krankheitssymptome auf, so muss sich die Person unverzüglich in Quarantäne begeben und eine zeitnahe Testung veranlassen.

Sollten die Kinder bzw. die Betreuerinnen und Betreuer Krankheitssymptome entwickeln, nehmen sie bzw. die Erziehungsberechtigten bitte umgehend telefonisch Kontakt auf. Sie erreichen den Fachdienst Gesundheit der Stadt Remscheid unter der 02191 16-3555.

Die Dauer der Quarantäne ergibt sich für Kinder aus der o.g. Corona-Test-und-Quarantäneverordnung und dem Erlass „Quarantäneentscheidungen bei Kontaktpersonen im Setting von Schule und Kindertagesbetreuung“ des MAGS vom 10.09.2021 (Aktenzeichen VB4-2021-000) in Verbindung mit dem Schreiben des MAGS vom 11. Januar 2022 und beträgt in der Regel zehn Tage.

Gemäß § 16 Abs. 3 und § 15 Abs. 4 Nr. 2 der o.g. Corona-Test-und-Quarantäneverordnung kann die Quarantäne bereits bei Vorlage eines **negativen PCR-Tests oder alternativ eines qualifizierten Schnelltests/Bürgertests an Tag fünf der Quarantäne** beendet werden.

Für Personal der Einrichtung und andere erwachsene Personen ergibt sich die Dauer der Quarantäne aus der Corona-Test-und-Quarantäneverordnung und beträgt in der Regel zehn Tage.

Gemäß § 16 Abs. 3 und § 15 Abs. 4 Nr. 1 der o.g. Corona-Test-und-Quarantäneverordnung kann die Quarantäne bereits bei Vorlage eines negativen PCR-Tests oder alternativ eines qualifizierten Schnelltests/Bürgertests an Tag sieben der Quarantäne beendet werden.

Die gesetzlichen Grundlagen für diese Maßnahme sind insbesondere die §§ 6, 16 Abs. 1 und 2 und 28 ff des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vom 01.01.2001 in Verbindung mit den §§ 12 und 17 der Corona-Test- und Quarantäneverordnung in der derzeit geltenden Fassung. Danach ist die zuständige Behörde ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zur Abwendung der dem Einzelnen oder der Allgemeinheit drohenden Gefahren zu treffen, wenn Tatsachen festgestellt werden oder anzunehmen sind, die zum Auftreten und Verbreiten übertragbarer Krankheiten führen können. § 30 IfSG sieht schon bei einem Verdacht einer bedrohlichen Erkrankung vor, dass die betroffenen Personen in einem geeigneten Krankenhaus oder sonst geeigneter Weise abgesondert werden können.

Die Entscheidung liegt in meinem pflichtgemäßen Ermessen. Nach Abwägung aller für das Verfahren relevanten Tatsachen habe ich mich zum Erlass dieser Ordnungsverfügung entschlossen. Die Entscheidung ist erforderlich, da nur durch Ihre Absonderung weitere Personen vor einer Ansteckung geschützt werden können.

Die Quarantäne in der Wohnung der Kinder bzw. der Betreuerinnen und Betreuer stellt in diesem Fall das mildeste Mittel dar. Nach meinen Erkenntnissen lässt sich die Absonderung in einem gewohnten Wohnumfeld umsetzen, wenn eine Gefährdung der Familienmitglieder bzw. anderer Mitmenschen sicher ausgeschlossen werden kann. Dies trifft hier zu, solange nicht geklärt ist, ob sich die Kinder bzw. Betreuerinnen und Betreuer mit SARS-CoV-2 angesteckt haben. Die Entscheidung ist angemessen, denn sie hatten zweifelsfrei Kontakt zu einer am SARS-CoV-2 erkrankten Person. Daher darf vorliegend auch ihre grundgesetzlich garantierte Freizügigkeit (Art. 11 Grundgesetz) im Interesse der Allgemeinheit insoweit eingeschränkt werden. Die den Kindern bzw. den Betreuerinnen und Betreuern grundgesetzlich garantierte Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz) wird im Interesse der Allgemeinheit insoweit eingeschränkt; dies ist gemäß § 30 Abs. 3 Satz 6 IfSG zulässig.

Ich mache vorsorglich darauf aufmerksam, dass die Kinder sowie die Betreuerinnen und Betreuer nach Ablauf der o.g. Quarantäne nur dann die häusliche Isolierung wieder verlassen dürfen, sofern sie weder Symptome entwickeln noch ihnen ein positives Testergebnis mitgeteilt worden ist. Anderenfalls nehmen die Erziehungsberechtigten der Kinder bzw. die Betreuerinnen und Betreuer Kontakt zum Fachdienst Gesundheit auf. Sollten sie den Vorgaben dieser Anordnung nicht nachkommen werde ich weitere behördliche Maßnahmen ergreifen. Auf die Vorschriften der Corona-Test- und Quarantäneverordnung wird verwiesen.

Die Anordnung unter 1 dieser ordnungsbehördlichen Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes nach § 28 Abs. 3 i. V. m. § 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar. Eine Klage gegen diese ordnungsbehördliche Allgemeinverfügung hat daher keine aufschiebende Wirkung. Den Anordnungen dieser Verfügung ist somit auch bei einer Klageerhebung Folge zu leisten. Diese ordnungsbehördliche Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 Satz 4 VwVfG NRW mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.

Im Auftrag
gez. Jens Pfitzner
Facharzt im Fachdienst Gesundheitswesen
Stellvertretender Fachdienstleiter

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Düsseldorf, Bastionstraße 39, 40213 Düsseldorf, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55 a Abs. 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung-ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803).

Ab dem 1. Januar 2022 sind vorbereitende Schriftsätze und deren Anlagen sowie schriftlich einzureichende Anträge und Erklärungen, die durch einen Rechtsanwalt, durch eine Behörde oder durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse eingereicht werden, als elektronisches Dokument zu übermitteln. Gleiches gilt nach diesem Gesetz vertretungsberechtigten Personen, für die ein sicherer Übermittlungsweg nach § 55 a Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 VwGO zur Verfügung steht.

Hinweise: Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de

Coronavirus/Covid-19 - Informationen für Eltern, deren Kinder in Quarantäne sind -

Die Quarantäne-Allgemeinverfügung ist rechtssicher und einheitlich formuliert, sie geht auf die besondere Situation mit Kindern nicht so gut ein.

Deshalb kriegen Sie hier einige Ideen, wie Sie und Ihr Kind die Quarantäne gut durchhalten:

Wenn nur Ihr Kind in Quarantäne muss, sollen alle anderen Familienmitglieder so wenig Kontakt wie möglich zu diesem Kind haben, damit sie sich nicht anstecken. Wenn Sie ein kleines Kind haben, ist es nicht möglich, dass alle Abstand zu ihm halten. Um die psychische Belastung für Sie und Ihr Kind so gering wie möglich zu halten, können Sie Folgendes tun:

1. Denken Sie immer daran, dass Sie sich anstecken könnten. Seien Sie vorsichtig.
2. Sie dürfen als Eltern auch gemeinsam mit Ihrem Kind essen. Benutzen Sie nicht das gleiche Besteck und Geschirr.
3. Wenn das Kind körperliche Nähe braucht, geben Sie dem Kind diese. Wenn Sie selbst zur Risikogruppe einer Covid-19-Erkrankung gehören, verwenden Sie in solchen Momenten am besten einen Mund-Nase-Schutz.
4. Alle in der Familie sollten sich oft die Hände waschen. Alles was das Kind anfasst und benutzt sollten Sie oft abwischen oder waschen.
5. Lüften Sie oft alle Räume, in denen das Kind sich aufhält. Wenn es dem Kind gut geht, können Sie auf dem Balkon oder im Garten mit ihm spielen.
6. Auch wenn der Bedarf nach Nähe besteht, kann man mit dem Kind kuscheln aber sollte für die Dauer der Quarantäne auf das Küssen verzichten.
7. Wenn das möglich ist, bleibt nur ein Elternteil bei dem Kind in Quarantäne und der andere Elternteil betreut die Geschwister.
8. Sie und Ihr Kind können mit Freunden, Großeltern oder anderen Menschen, die Ihnen wichtig sind, per Video telefonieren. Dann fühlen Sie sich nicht so alleine.
9. Führen Sie für Ihr Kind ein Gesundheitstagebuch und messen Sie regelmäßig Fieber. Beobachten Sie Ihr Kind und rufen Sie bei Symptomen den Kinderarzt an.
10. Sprechen Sie mit Ihrem Kind offen darüber, warum das alles sein muss. Sagen Sie Ihrem Kind, dass es nicht seine Schuld ist und es keine Angst haben muss. Versuchen Sie spielerisch die Schutzmaßnahmen im Alltag einzubinden. Es gibt z.B. Waschstempel, die dabei helfen können, dass Ihr Kind die Hände lange genug wäscht.
11. Vom Kind geht keine Gefahr aus – das Kind ist zum Schutz der eigenen Gesundheit und zum Schutz für die Familie eine gewisse Zeit in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Das ist eine tolle Leistung Ihres Kindes – loben Sie seine Geduld.

Hinweise zur Arbeit

Wenn Sie Ihr Kind aufgrund der Quarantäne betreuen müssen und deshalb nicht zur Arbeit gehen können ohne selbst unter Quarantäne zu stehen, gelten folgende Entschädigungsregelungen:

Nach § 56 Abs. 1a IfSG können nicht alleinerziehende Arbeitnehmer*innen und Selbstständige für maximal zehn Wochen, alleinerziehende Arbeitnehmer*innen und Selbstständige für maximal zwanzig Wochen, eine Entschädigung aufgrund von Schließung von Schulen oder Betreuungseinrichtungen für Kinder (z.B. Kita) bzw. für Menschen mit einer Behinderung erhalten.

Dafür gelten folgende Voraussetzungen:

- Die Betreuungseinrichtung oder Schule des Kindes wurde auf behördliche Anordnung geschlossen.
- Es fallen keine gesetzlichen Feiertage oder Ferien der Schule bzw. der Betreuungseinrichtung in den Betreuungszeitraum, während derer die Einrichtungen ohnehin geschlossen gewesen wären.
- Das Kind hat das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet oder benötigt besondere Hilfe (zum Beispiel aufgrund einer Behinderung).
- Es gab keine Möglichkeit, eine alternative, zumutbare Betreuung des Kindes herzustellen (zum Beispiel durch ältere Geschwister oder eine Notbetreuung in der Schule oder Betreuungseinrichtung).
- Der Antrag auf Entschädigung muss innerhalb von 12 Monaten nach Ende der Schließung bzw. Untersagung des Betretens der Schule oder Betreuungseinrichtung gestellt werden.

Die Entschädigung beträgt 67 Prozent des Nettoeinkommens und wird im Fall von nicht alleinerziehenden Personen für bis zu zehn Wochen, im Fall von alleinerziehenden Personen bis zu 20 Wochen, gewährt. Sie ist auf einen monatlichen Höchstbetrag von 2.016 Euro begrenzt.

Sie erhalten die Entschädigung als Lohnfortzahlung für maximal 6 Wochen direkt von ihren Arbeitgebern. Ab der siebten Woche müssen Sie selbst einen Antrag bei der zuständigen Behörde stellen, um weiterhin eine Entschädigung zu erhalten.

Sehr übersichtlich finden Sie alle Informationen und Online-Anträge auf der Internetseite:

<https://ifsg-online.de/index.html>

Auch falls Sie selber unter Quarantäne stehen, finden Sie dort alle wichtigen Infos.

Zuständig für Entschädigung für Personen mit Wohnort und Arbeitsplatz in NRW ist:

Landschaftsverband Rheinland (LVR) Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln